



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/71 - 24.3.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

## Steuerwahlschlager für zwei Jahre

rd. Die CDU, die sich Koalition nennt, wird immer nervöser. Nach den vorliegenden Meldungen will sie die Lohn- und Einkommensteuer bei den niederen Einkommen um 10 v.H. und bei den höheren Einkommen um 5,5 v.H. senken. Die Freibeträge sollen sich erhöhen und schliesslich will man die Umsatzsteuer bei Betrieben mit relativ kleinen Umsätzen (unter 500 000 DM) für die ersten 48 000 DM Umsatz auf 3 v.H. herabsetzen. An diesen Vorschlägen sind jedoch weniger die noch sehr strittigen Einzelheiten als ihre Richtung und die Umstände, die sie begleiten, interessant.

Verblüffend ist die Offenheit, mit der man eingesteht, dass die Vorschläge nur als Bundestagswahlschlager gedacht sind. Die Steuersenkung soll nämlich ab 1.10.1956 für zwei Jahre gelten, also für die Zeit der Wahlen. Der Bundesfinanzminister hat nicht nur diese Bedingungen gestellt, sondern weiter gefordert, dass dann alle bisher erwogenen gezielten Massnahmen, z.B. zur Förderung des Mittelstandes, eingestellt werden, da erstens die dafür erforderlichen Steuerverzichte nicht zweimal zur Verfügung stünden und zweitens die wachsenden Rüstungsausgaben diese Ermässigung über zwei Jahre hinaus nicht erlaubten.

Die CDU/CSU-Fraktion möchte jedoch Steuerermässigung und die Mittelstandshilfe ausserdem. Dabei ist anscheinend völlig vergessen worden, dass auch noch die Kosten der "Sozialreform", wie die Koalition ihre Teilmassnahme auf dem Gebiet der Altersversorgung nennt, zur Debatte stehen, bei denen Schäffler ebenfalls schon sein "Entweder-Oder"-Veto eingelegt hat.

Kein Zweifel, Schäfflers Julius-Turm und seine wachsenden Steuereinnahmen könnten einen kräftigen Abbau vertragen. Wir meinen auch, sowohl die vom Wirtschaftswunder übergangenen Rentnerkriecher als auch der Mittelstand könnten gezielte Förderungsmassnahmen gebrauchen und unser Steuersystem bedürfte dringend der Revision. Aber um all das geht es bei den Koalitionsparteien gar nicht und am wenigsten den Interessengruppen in der CDU/CSU. Wie sie nun offen zu erkennen gaben, geht es um den werbewirksamsten Wahlschlager - und hernach soll alles beim alten bleiben.

Diesem zynischen Betrugsplan sollten Steuerzahler und Wähler gebührende Aufmerksamkeit schenken. Er offenbart: Dieser Koalition geht es allein um die Sicherung ihrer Position am Hebel der Macht.

\* \* \*

Kein besseres Rezept als das Mollets

b.v. Paris

Nicht alle Sozialisten in Frankreich sind mit der Politik ihrer Parteigenossen Mollet und Pineau in Algerien einverstanden. Daran ändert auch die unerwartete Hilfsstellung nichts, zu der sich am letzten Dienstag die USA-Regierung in Gestalt ihres Pariser Botschafters Douglas Dillon bekannte. Dillon versicherte, die USA halte die Politik Frankreich in Nordafrika für richtig.

Was Kritiker innerhalb der Partei dem Ministerpräsidenten Guy Mollet vorwerfen, ist, dass er im Grunde dieselbe Politik verfolge, die eine nach rechts ausgerichtete Regierung angewandt hätte: Er habe in Algerien eine Art Kriegsrecht ausrufen lassen und sei bemüht, durch grosse militärische Kraftentfaltung des Aufstandes dort Herr zu werden. Ob diese militärischen Anstrengungen den erhofften Erfolg haben werden, sei durchaus nicht sicher, und es sei unrichtig, eine Gewaltlösung anzustreben, statt zu verhandeln. Darüber, mit wem die Regierung hätte verhandeln sollen, gehen die Meinungen auseinander. Niemand setzt voraus, dass mit den in Ägypten lebenden Drahtziehern des Aufstandes Verbindung aufgenommen werden sollte, doch gibt es nach Meinung der Kritiker algerische Politiker sehr verschiedener Färbung, deren Einfluss vielleicht ausgereicht hätte, eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Tatsache ist jedenfalls, dass Guy Mollet für seine Algerien-Politik die Zustimmung beinahe aller Mitglieder der Nationalversammlung erhielt, und dieses politische Programm, das auch Sozial- und Wirtschaftshilfen vorsieht, hat eben doch die Einsetzung grösster Heeresverbände zur Niederwerfung des Aufstandes zum Inhalt. Um es diesmal grob auszudrücken: Die Kammer erteilte Mollet den Auftrag, mit allen Mitteln das in Ordnung zu bringen, was seine Vorgänger in Unordnung gebracht hatten - und auf diese Weise die Verantwortung für alles zu übernehmen, was nun geschehen wird.

Es ist aber doch höchst fraglich, ob eine andere Regierung anders gehandelt hätte, ja ob es überhaupt die Möglichkeit gegeben hätte, eine Politik des Verhandeln vor der Nation zu verantworten. Man kann eine gewisse Zeit gegen den starken Strom schwimmen, dann hat es ein Ende: Man kann nicht gegen die Volksstimmung regieren, ob man Sozialist - 3 -

ist oder Konservativer. An dieser alten Erfahrung konnte auch Mollet nicht vorbeisehen, denn auch ein weniger Geschulter musste erkennen, dass im Falle Algeriens "der Strom" in der Richtung auf das einzige Ziel, nämlich die Erhaltung des Erworbenen, floss und noch immer fließt. Ein Ministerpräsident, der vor die Kammer getreten wäre, um zu erklären, es sei falsch und riskant, sich in Algerien in einen regelrechten Krieg einzulassen, hätte zurücktreten können, ohne seine Rede erst zu halten.

"Siegen? Gut. Und was dann?"

Jeder Franzose weiss, dass der algerische Krieg das Finanzsystem des Staates erschüttern kann. Jeder Franzose weiss, dass in Algerien, das ganz zweifellos eine wirkliche Schöpfung Frankreichs ist, schwerste Fehler jeder Art begangen wurden, soziale, psychologische, wirtschaftliche. Jeder Franzose weiss, dass der Kampf nach "Kolonialismus riecht", obwohl Algerien keine Kolonie ist, sondern als Bestandteil Frankreichs gilt. Und dennoch überwiegt vorläufig die Auffassung, man kämpfe in Algerien um eine gerechte Sache, man verteidige nur, was man selbst geschaffen hat.

Darum wurde es als ein wichtiges moralisches Hilfsmittel angesehen, dass die USA sich, wenn auch mit Einschränkungen, diese Auffassung zu eigen machten, obwohl die wohlthuenden Worte an den Verhältnissen selbst nicht viel ändern. Aber es scheint doch, dass in Washington begriffen wurde, dass es in Algerien eben keinen Sultan gibt wie in Marokko, mit dem man verhandeln kann, und keinen Bey, wie in Tunesien, sondern dass es im tollgewordenen Algerien weder eine direkte, noch eine indirekte Staatsspitze gibt, die genügend Autorität hätte, sich durchzusetzen.

Die Kritiker allerdings behaupten, man müsse, wenn es eine solche Autorität noch nicht gibt, sie zu schaffen suchen. Man müsse mit einer der aufständischen Gruppen - denn es gibt ihrer zwei - verhandeln. Und man müsse sich zu einer Operation, ja zu einer Amputation entschliessen, solange sie noch helfen kann. Die Frage ist nur, ob sie selbst sich zu einer so unpopulären Tat entschliessen könnten, wenn sie an Mollets Stelle wären. Ihre Frage: "Siegen? Gut, und was dann?" ist gewiss nicht unberechtigt. Aber das Unglück daran ist, dass heute kein Politiker diese Frage offen und ehrlich stellen darf. Er liefe Gefahr, als Verräter an der Sache Frankreichs gebrandmarkt zu werden. Denn die Aufgabe, die es nach Meinung der nun einmal überwiegenden Mehrheit zu lösen gilt, heisst: Algerien befrieden und den Aufständischen zeigen, dass niemand gewillt ist, es abzuschreiben. Wie lange diese Auffassung überwiegen wird kann heute niemand voraussagen. Entscheidend werden die Erfolge oder Misserfolge sein.

\* \* \*

Ulbrichts Entspannungsparole für Berlin

Man schreibt uns aus Berlin:

Zur Zeit ächzt der 3. Partei-Kongress der SED unter der Anstrengung einigermassen elegant ideologischen Anschluss an den 20. Kongress der KPdSU zu finden. Erst an seinem Ende wird man sagen können, wie weit ihm das gelungen ist. Das grosse Referat des alten Stalinisten Ulbricht wird vermutlich nicht der einzige Anhaltspunkt sein, der darüber Aufschluss gibt.

Inzwischen sollte man sich aber doch noch kurz mit einer anderen, nun schon einige Tage zurückliegenden Rede des 1. Sekretärs der SED befassen, zumal sie insbesondere das Verhältnis von SED und SPD und ausserdem Berlin betrifft. Vor der Berliner Bezirksdelegierten-Konferenz stellte Ulbricht nicht nur die Forderung nach einer "Annäherung und engeren Zusammenarbeit der SED mit den Sozialdemokraten", er erklärt auch, die politische Schlussfolgerung aus den Moskauer Beschlüssen bestehe in einer "Politik der Minderung der Spannungen in Berlin".

Der neue, aus der jetzigen Situation psychologisch erklärbare Anbiederungsversuch bei den Berliner Sozialdemokraten ist politisch ohne Gewicht. Er kann niemals eine Resonanz finden, solange die neue Anti-Stalin-Ära nicht die demokratischen Grundrechte der Zonenbevölkerung wieder herstellt. Zu deutlich ist auch die taktische Absicht in dem erneut aufgenommenen Ruf nach einer gemeinsamen Politik von SED und SPD.

Mag auch Ulbricht jetzt eine "Änderung bestimmter Methoden der SED-Arbeit in den Beziehungen zu den Sozialdemokraten in Berlin" fordern, und sich schuldbewusst an die Brust schlagen, dass die "SED-Mitglieder mehr Vertrauen zu den sozialdemokratischen Genossen haben müssten" - mit diesen Flötentönen wird die SED nicht den Erfolg des Rattenfängers von Hameln für sich buchen können.

Immerhin, eine Revision der Methoden, mit denen z.B. bisher die in Ostberlin offiziell zugelassene SPD behandelt wurde, könnte einer Milderung der Spannung in Berlin sehr dienlich sein. Erst dann, wenn ein Ostberliner Einwohner Mitglied der SPD sein kann, ohne SED-Repressalien befürchten zu müssen, wie sie bisher in der Entlassung aus seinem Betrieb bestanden, wäre ein Anfang solcher, von Ulbricht geforderten "Milderung der Spannungen" gemacht.

Weiter könnte eine Entspannung in Berlin nur dadurch erreicht

werden, dass die SED ihre Versuche aufgibt, Agenten in die Berliner SPD einzuschleusen, um auf diese Weise zersetzend zu wirken. Die prompte Entlarvung derartiger "SPD-Mitglieder im SED-Auftrag" hat die Vergeblichkeit solcher SED-Bemühungen gezeigt, so dass den Ostberliner SEDisten eine "Änderung der Arbeitsmethoden" nicht allzu schwer fallen dürfte. Wenn Ulbricht in seinem Katzenjammer vor den Berliner SED-Funktionären davon sprach, dass man die SPD-Mitglieder in Ostberlin völlig falsch behandelt habe, dann hat er hoffentlich in dies Eingeständnis auch die bisherige SED-Praxis mit einbezogen, Ostberliner SPD-Mitglieder dadurch unter Druck zu setzen und in schwerste Gewissenskonflikte zu stürzen, dass man sie zu zwingen versucht, auf ihren Westberliner Arbeitsplätzen, sei es in Verwaltung oder Industrie, SED-Aufträge durchzuführen. Ulbricht hat vor den Berliner SED-Funktionären auch erklärt, die Vertreibung Westberliner Bürger aus Ostberlins VEBs, d.h. die seit einiger Zeit laufenden politischen Massenkündigungen, müssten eingestellt werden. Praktisch würde ein solcher Schritt bedeuten, dass die SED künftig damit aufhört, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Westberlin durch einen Druck auf die Arbeitsloserzahl von Ostberlin aus zu verstärken.

Die Bevölkerung Westberlins ist alles andere als vertrauensselig, sie hat vielmehr ganz konkrete Forderungen an die Ostberliner Machthaber zu stellen, wenn diese eine "Wilderung der Spannungen" anbieten. Die erwähnte Einstellung der Massenentlassungen wäre nur ein Anfang. Ebenso wichtig wäre es, wenn die Ostberliner Partei- und Verwaltungsstellen alle Repressalien gegen solche Ostberliner aufgeben würden, die in Westberlin ihrer Arbeit nachgehen und die man bisher der Sabotage des "Arbeiterstaats" bezichtigte, weil sie ihre Arbeitskraft den "Kapitalisten und Imperialisten" in Westberlin zur Verfügung stellten. Einen weiteren Beitrag zur Entspannung könnte die von der SED abhängige Ostverwaltung dadurch leisten, dass sie endlich die Beschlagnahme von Kleingärten in Ostberlin und in den Randgebieten aufhebt, die Westberliner Bürgern gehören. Zehntausende von kleinen Leuten, meist Arbeiter und Rentner, sind von diesen Beschlagnahmen betroffen. Am deutlichsten würde Ulbricht einen echten Willen zur Entspannung in Berlin beweisen, wenn er daran gehen würde, die Spaltung der Stadt zunächst auf dem Sektor des Verkehrs und des Telefonbetriebes zu beseitigen, sowie die Kontrollschikanen an der Sektorengrenze aufzugeben.

Splitterrichter am Werk

-tt- Ein Bonner Verleger hat, durchaus zu Recht, Beschwerde geführt, dass das bei ihm erschienene Merlin-Buch "Andrea und die rote Nacht" auf dem bundesrepublikanischen Index gesetzt worden ist, weil katholische Zensurorgane eine Reihe "unzüchtiger" Passagen darin entdeckt hatten. Natürlich ist die "Andrea" nicht für verspätete Jungfrauen geschrieben worden - wie z.B. auch nicht der Bestseller "Bonjour Tristesse" -, aber schliesslich hätten die Sittenrichter vielleicht doch merken können, dass dieses Buch in erster Linie eine Sozialkritik enthält. Aber wenn man bei der Lektüre immer nur dieselben Stellen liest...?

Dabei ist dieser Fall "Andrea und die rote Nacht" sozusagen nur ein kleiner Fisch, wenn man sich einmal die Mühe macht, im Lande herumzuhören und zu erfragen, was sich auf diesem Gebiet der heimlichen oder besser unheimlichen Zensur alles tut. So erfuhr man aus einem Erlass des Badisch-Württembergischen Kultusministeriums, dass sich das bischöfliche Ordinariat Rotenberg gegen die Schullektüre der klassischen Novellen "Pole Poppenspäler" und "Viola triclor" von Theodor Storm, sowie von "Das Amulett" und "Gustav Adolfs Page" von Conrad Ferdinand Meyer ausgesprochen hat, weil darin Passagen enthalten seien, die "für katholisches Empfinden verletzend" sind. Und dies im Jahre 1956, nachdem jahrzehntelang niemand an der Schullektüre dieser Perlen deutschen Schrifttums Anstoss genommen hatte. (Wobei fast noch schlimmer das eilfertige Entgegenkommen des Kultusministeriums ist, das es "begrüssen würde", wenn in neuen Ausgaben jene als anstössig empfundenen Stellen fortgelassen würden!)

Aber es geht auch ohne konfessionelle Bedenken. Der Dezernent für das Berufsschulwesen bei der Regierung in Arnberg, der Oberregierungsrat Kerckhoff, ist z.B. der Meinung, dass Bücher von Hemingway, Faulkner, Steinbeck, Kafka, Zuckmayer, Camus und Joseph Conrad zunächst einmal auf ihre sittliche Zuverlässigkeit überprüft werden müssten, bevor sie in die Bücherei der staatlichen Berufsschule für Metallindustrie in Isar-Isohn eingestellt werden dürften. Unter den Autoren dieser Bücher sind eine ganze Reihe von Nobelpreisträgern, alle sind weltberühmte Schriftsteller und Dichter. Herr Oberregierungsrat Kerckhoff will aber erst einmal festgestellt haben, ob der Inhalt dieser Bücher keine sittliche Gefährdung darstelle.

So schliesst sich der Kreis. Überall in der Bundesrepublik sind diese Kerckhoffs und diese katholischen Zensoren am Werke, und überall breiten sich um sie Muckertum und Spiessertum aus, und überall wird es muffig vor lauter Unsittlichkeitsspurerei. Das ist dieses dunkle Zensur-Gewerbe, von dem der SPD-Abgeordnete Dr. Arndt auf dem Kölner SPD-Kongress warnend sprach, als er alle freiheitlichen Kräfte in unserem Staat zur entschlosseneren Verteidigung der bedrohten Geistes- und Kulturfreiheit aufrief.

\* \* \*

Verantwortlich : Peter Raunau